

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Bezugpreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortsvorkehr 2.15 Mk. in Württemberg:
2.20 Mk. vierteljährlich hierzu Bestellgeld 80 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Wor-
mondzeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Beitzelle.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 287

Samstag, den 7. Dezember 1918

35. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Deutschland, das neue Deutschland.

Wir wollen Deutsche sein! Wir wollen nicht ver-
wehrt sein, sondern die Nationalität retten: von
den Alpen bis zum Meer!

Jede Umwandlung wollen wir auf uns nehmen,
aber wieder das einstige zerbrochene, partikularische
Knechtvolk sein? Nein, das nicht! Nein!

Dr. Kaufmann.

Wochenrundschau.

Am Abend des letzten Tags voriger Woche verbreitete
das Wolffsche Telegraphenbureau die amtliche Meldung
von der förmlichen Abdankung des Kaisers und des
Königs Wilhelm von Württemberg. Was den Thron-
verzicht des Kaisers und Königs von Preußen anlangt,
so war man darüber einigermaßen überrascht, denn bereits
am 9. November hatte der damalige Reichskanzler Prinz
Max von Baden den Entschluß des Kaisers, auf die
Kaiser- und Königskrone zu verzichten, offiziell bekannt
gegeben. Mit dieser Erklärung waren auch das Heer
und die Beamten von dem geleisteten Treueid tatsächlich
entbunden. Ein Berliner Blatt behauptete, der Kaiser
habe eine Verzichtsurkunde verfaßt, die aber von der neuen
Regierung beanstandet worden sei und darauf habe der
Kaiser eine ihm vorgelegte Urkunde unterzeichnet, die
die ausdrückliche Aufhebung des Treueids enthielt, eine
Förmlichkeit, die allerdings nicht unwesentlich ist. Nach
dem Kaiser hat auch Kronprinz Wilhelm seinen Thron-
ansprüche im Reich und in Preußen entzagt.

König Wilhelm von Württemberg hat in
einer schlichten, ergreifenden Kundgebung dem Württem-
berger Volk den Scheidegott entboten. Der König dankt
allen, die ihm in seiner 27jährigen Regierung treu ge-
dient und Gutes erwiesen haben, vor allem den helden-
mütigen Truppen, die in mehr als vierjährigem Kampf
den Feind vom Vaterland ferngehalten haben, aus Her-
zensgrund. Erst mit dem letzten Atemzug werde seine
Liebe zur teuren schwäbischen Heimat und ihrem Volk
erköschten. Seine Person solle kein Hindernis sein für
die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und
so lege er die Krone nieder und lebe fortan als Herzog
zu Württemberg und Privatmann im Lande seiner Väter.
Die prov. Regierung sprach in würdiger Form dem König
den Dank aus, daß er in allen seinen Handlungen von
der Liebe zur Heimat und Volk getragen gewesen sei.
Das württembergische Volk werde nicht vergessen, daß
der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächsten-
liebe stets edel und hüflich gehandelt habe. — Nein,
das werden die Württemberger nicht vergessen. Regie-
rungsdirektor v. Döber hat allen aus der Seele ge-
sprochen, als er in einer Stuttgarter Frauenversamm-
lung sagte: Wenn Württemberg nicht in den Strudel der
großen Revolution hineingezogen worden wäre, keinem
Schwaben wäre es eingefallen, seinen König des Thrones
zu entsetzen.

Im übrigen ist die Lage im Reich ernstlich als
je. Zwar bemühen sich die provisorischen Regierungen
nach Kräften und bis zu einem gewissen Grade mit
Erfolg, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen oder auf-
recht zu erhalten und auch das wirtschaftliche Leben wieder
in gesunde Bahnen zu bringen. Aber die Aufgabe ist
unter den bestehenden Verhältnissen riesengroß und über-
steigt schier menschliche Kräfte. Immer noch lauert die
Gefahr einer gewaltigen Störung im Innern und nie-
mand weiß, ob nicht ein neuer Vulkan ausbrechen werde,
ganz anderer Art noch als jener Ausbruch am 9. No-
vember. Vor allem aber fahren unsere Feinde fort, die
dem Reich angelegte Fessel immer enger zu ziehen,
so daß sie, es zu erdrücken droht. Französische Vor-
posten liegen schon auf rechtsrheinischen Boden; die süd-
liche Rheinprovinz mit ihren Eisen- und Kohlegruben
ist von ihnen besetzt, wodurch besonders das süddeutsche
Gebiet mit der Entziehung der wichtigsten gewerblichen
Rohstoffe schwer betroffen wird. Dazu ist der Verkehr
auf dem Rhein unterbrochen. Ganz offen wird aus-
gesprochen, daß Berlin — und natürlich nicht nur Ber-
lin — besetzt werden müsse, um in Deutschland Ord-
nung zu schaffen. Wir werden also den Feind ins Land
bekommen auch ohne Schlachten. Wir werden die feind-
lichen Heere zu ernähren haben und haben doch selbst

den größten Mangel. Von den Besatzungskosten gan-
zu schweigen, die in die Milliarden gehen werden. Alle
am der Ordnung willen. Und in solcher Lage bringen
es Landestelle fertig, mit dem Vortrennungsgedanken zu
spielen, nicht bedenkend, daß sie damit nur dem Feind
in die Hände arbeiten und ihm den Vorwand zum Ein-
rücken liefern. Man könnte ob solcher Kurzsichtigkeit ver-
zweifeln. Deutschland kann nur durch sich selbst zugrunde
gehen, hat Hindenburg gesagt. Wie furchtbar, wenn er
Recht hätte.

Ein Mittel gäbe es, dem Feind den Vorwand zum
Einmarsch zu benehmen: die schnellste Wahl der Na-
tionalversammlung, die dem gegenwärtigen ge-
schloßen Zustand ein Ende machen würde. Denn geschlo-
sen und streng genommen unsere Verhältnisse, darin haben
unsere Feinde formell Recht. Durch die Abschaffung des
Reichstags, gegen die Präsident Fehrenbach mit Zug
wiederholt scharf protestiert hat, ist tatsächlich keine Ein-
sichtung mehr vorhanden, auf die die neue Regierung
sich verfassungsrechtlich stützen und berufen könnte. Aller-
dings ist es der eheliche Wille des Rats der Volks-
beauftragten und fast aller Landesregierungen, von der
vorherrschenden Mehrheit des Volks ganz zu schweigen, eine
Nationalversammlung zustande zu bringen, aber bis zum

Februar nächsten Jahres, wo die Wahlen stattfinden
sollen, ist noch eine lange Zeit und dazwischen kann noch
vieles geschehen, was zu vermeiden möglich und nötig
gewesen wäre. Man muß ja zugeben, daß die Wahlen
diesmal besondere Schwierigkeiten machen werden, teils
wegen der allgemeinen unsicheren Verhältnisse, teils ab-
auch wegen der Wahlart. Das Wahlgesetz stellt das
deutsche Volk vor etwas ganz Neues. Zum ersten Mal
werden auch Frauen (21 Millionen) zur Wahl zugelassen.
Das Wahlrechtsalter ist auf das 20. Lebensjahr herab-
gesetzt; 38 bis 40 Millionen Wähler kommen in Be-
tracht gegen 14,4 Millionen bei der letzten Reichstags-
wahl. Dafür die Wahlkreise aufzustellen, ist eine riesen-
arbeit. Aber wenn man sich gleich an die große und
wichtige Aufgabe gemacht hätte, wäre es trotz allem
wahrscheinlich möglich gewesen, die Nationalversammlung
im Januar einzuberufen. Dazu kommt, daß das Verhält-
niswahlverfahren — der Belgier Victor d' Hondt ist sein
Erfinder — ziemlich kompliziert ist und es wird viele
Arbeit kosten, bis die 443 neuen Volksvertreter und Ver-
treterinnen (seither waren es 395 Reichstagsabgeordnete)
in den Reichstag einziehen können. Ohne Nationalver-
sammlung werden wir von Amerika keine Lebensmittel
bekommen, das steht fest. Ohne sie wird es aber auch
keinen Frieden geben und wenn die Feinde auch — gegen
den Willen ihrer kriegslustigen Kreise — die Feind-
seligkeiten nicht wieder aufnehmen und in die Verlänger-
ung des Waffenstillstands willigen sollten, so wird uns
das teuer genug zu stehen kommen, denn wir werden die
hohen Besatzungskosten um so länger zu bezahlen haben,
je später der Friede geschlossen wird. Die Verzögerung
der Einberufung der Nationalversammlung wird uns
allein aus diesem Grunde einige Milliarden kosten. Gewiß
ein Grund, die Einberufung der Nationalversammlung
nicht einen Tag länger hinauszuschieben, als es sein muß.

Präsident Wilson will sich selbst von dem Stand
der Dinge überzeugen und er ist in Begleitung seiner
Frau und eines nach Hunderten zählenden Stabs am
Mittwoch nach Europa, d. h. zunächst nach Frankreich
abgereist. Vorher richtete er noch eine Botschaft an
den Kongress, in der er die Notwendigkeit seiner Ab-
reise begründete. Die verbündeten Mächte, sagte er, ha-
ben wie die Mittelmächte für die Beendigung der Feind-
seligkeiten die von ihm aufgestellte Friedensformel ange-
nommen und er müsse sich persönlich davon überzeugen,
daß die Friedensverhandlungen in diesem Sinne geführt
werden. Es mag wohl sein, daß Wilson das ehrlich
gemeint hat, aber ob es ihm möglich sein wird, sich
und seine 14 Punkte auf der Konferenz trotz seines
starken Stabs durchzusetzen, das steht auf einem ande-
ren Blatt. Inzwischen hat sich nämlich manches geändert.
Damals, im Januar 1918, brauchten die Alliierten die
Hilfe des allmächtig Rheinenden Wilson notwendig und
sie mußten wohl oder übel seinen Willen respektieren.
Jetzt hat Wilson von seiner Macht in den Vereinigten
Staaten viel, wenn nicht fast alles eingebüßt; die Demo-
kratische Partei ist bei den letzten Wahlen — wohl mit
unglücklicher Hilfe — von der republikanischen Partei, die
mit England durch Dill und Dill geht, geschlagen wor-
den; im Abgeordnetenhaus und im Senat hat Wilson eine
Wehrwidrigkeit. Die Wendung im Kriegslauf an

der Westfront hat andererseits die Kriegsparteien in
Frankreich und England aufs neue an die Oberhand
getragen und den beiden Mächten das Übergewicht in
Verband gegeben, so zwar, daß von den Amerikanern
die doch die entscheidende Hilfe gebracht haben, schon fast
gar nicht mehr die Rede ist. Mohr hat seine Schuldig-
keit getan, Mohr kann gehen. Die amerikanischen Ge-
nerale sind auf Hoch deshalb nicht gut zu sprechen und
der Oberst House, der Vertraute Wilsons, hat an der
Londoner Friedenskonferenz — angeblich wegen Ge-
krankung — gar nicht teilgenommen. Es wird nicht viel
sein, wenn Wilson die amerikanischen Truppen vorerst
auch in Frankreich belassen will; als Gegengewicht haben
die Engländer in den letzten Tagen 300.000 Mann auf
Festland gebracht. So wird es zum mindesten zweifel-
haft, ob es Wilson gelingen wird, dem Gewaltfrieden
Clemenceaus und Lloyd Georges noch einigermaßen den
Stempel des von ihm verkündigten Rechtsfriedens auf-
zudrücken, selbst wenn er wollte, — was aber auch noch
nicht gewiß ist. Interessant ist es aber, daß Wilson
vom amerikanischen Kongress erwartet, er werde die ge-
waltigen Rottenrüstungen, die Wilson vorhat, billigen,
denn es wäre unvernünftig — so sagte er — das
amerikanische Flottenprogramm einer künftigen Weltvöl-
kerkonferenz, die noch ganz unbestimmt sei. Wilson
traut also seinem eigenen Volk und vor allem
den Engländern nicht. Und ein anderer Bundesgenosse,
der Japaner, wird vielleicht noch seine Treulosigkeit gegen
Deutschland bereuen.

Am 29. November ist der König von England in
Paris vom Präsidenten Poincaré, von dem man lange
nichts mehr gehört hat, in einer Ehrrede begrüßt worden,
worin er sagte, er gedenke mit Freude und Behmut
des Besuchs des Königs im Frühjahr 1914, wobei der
König besonders die Segnungen des Friedens betont
habe. Das Kriegsgeschehen der Mittelmächte habe aber
nachher alle Friedensworte beseitigt. Herr Poincaré hat
leider nur gesagt, was damals in Paris öffentlich ge-
sprochen wurde, aber nicht, was getan wurde, daß nämlich
bei jenem Besuch abgemacht wurde, die militärischen
Abmachungen zwischen England und Frankreich durch
solche zwischen England und Rußland zu ergänzen. Es
wurde denn auch gleich darauf der englisch-russische Fer-
vertrag geschlossen, der gegen Deutschland gerichtet
war und der in erster Linie Rußland zur Mobilmachung
und zu seinem Angriff ermächtigt hat.

Die Umwälzung im Reich.

Langsames, aber sicheres Verhungern.

Berlin, 5. Dez. Laut „Voss. Zig.“ hat das Reichs-
ernährungsamt an das Auswärtige Amt eine Note
über die Gefährdung der deutschen Ernährungswirt-
schaft gerichtet, in der es u. a. heißt: Die Versorgung mit
Brotgetreide und Kartoffeln bildete bisher das Rückgrat
unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft. Mangel an
Arbeitskräften, sowie die Transportkrisis haben Ernte
und Einwinterung so beeinträchtigt, daß die Vorräte
der Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen
reichen. Die Getreideversorgung ist infolge Wegfalls
der Zufuhren aus dem Osten so ungünstig gestellt,
daß auch bei Fortdauer der Zufuhr in gleicher Höhe
im Vorjahre die Lagerbestände nur bis zum 7.
Februar reichen würden; dann könnte im günstigsten
Falle nur noch eine Tagesration von 80 Gramm
Wehl, d. h. ein Drittel der Menge der heutigen Ration
verteilt werden. Die Unmöglichkeit des Abtransports
der in Rußland angekauften Getreidearten gestattet nur
noch die Zettabgabe bis zum 1. April, und zwar nur
eines Tageskopfsakes von 3,3 Gramm. Auch die Fleisch-
ration von 100 Gramm pro Kopf pro Woche kann nur
unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren auf-
rechterhalten bleiben; sonst müßte eine harte Perse-
kution aller wichtigsten Lebensmittelrationen späte-
stens anfangs Februar erfolgen. Und damit der zurzeit
ein Drittel des normalen Durchschnittswertes betra-
gende Nährwert um etwa die Hälfte vermindert wer-
den. Das würde ein langsames, aber sicheres Verhun-
gern bedeuten.

Trennungsbemühungen.

Bremen, 6. Dez. Eine hier abgehaltene Ver-
sammlung des 6. hannoverschen Reichstagswahlkreises
forderte die Errichtung eines selbstständigen Bundesstaats
Dannover.

Köln, 6. Dez. Die „Köln. Zig.“ berichtet, daß Kardinal v. Hartmann den Bestrebungen einer Los-trennung von Preußen, die auch einen kirchenpolitischen Charakter trage, fernstehe. Der Kardinal sei von den bekannten Versammlungen und der Ausrufung der rheinisch-westfälischen Republik ebenso überzudt gewesen wie das übrige Köln.

Berlin, 6. Dez. Die „Germania“ schreibt: Die Kunde über staatliche Selbständigkeitsbestrebungen im Rheinland wird die Regierung nicht nur als Drohung betrachtet dürfen, sondern wird sie sich als ernsteste Mahnung und Warnung zu Herzen zu nehmen haben, daß sie den Bogen der Diktatur auf kulturellem Gebiet nicht weiter überspannen darf. Wir können die Lage Deutschlands betrachten von welcher Seite wir wollen, die Verhältnisse schreien überall geradezu nach schleunigster Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage.

In der „Freisinnigen Zeitung“ wird gesagt: Nur mit tiefer Trauer wird man in Preußen von dem Beschluß wegen Gründung einer Republik Rheinlands-Westfalens Kenntnis nehmen. Man möchte hoffen, daß es nur bei dem Beschluß der beiden Bürgerparlamenten bleiben wird, der auf dem Weg zur Tat wieder hin-sichtlich wird.

Die „Rheinische Zeitung“ schreibt, die schleunige Einberufung der Nationalversammlung sei jetzt eine Frage auf Leben und Tod.

Berlin, 6. Dez. Im preuß. Ministerium des Innern wurde nach der „B. Z.“ erklärt, der bundesstaatliche Charakter des Reichs müsse beibehalten werden, was aber nicht ausschließt, daß die bestehenden Gebietsgrenzen und Verwaltungsbefugnisse der einzelnen Staaten einer Nachprüfung unterzogen werden.

Aufreizung.

Berlin, 6. Dez. Die Spartakusgruppe (Viehnacht, Alois Luxemburg u. a.) verbreitet in den Fabriken und Kasernen Flugblätter, die zu einer Kundgebung mit Waffen am nächsten Sonntag auffordern.

Auflösung des Rats der geistigen Arbeiter.

München, 5. Dez. Eine Sitzung des Rats der geistigen Arbeiter unter dem Vorsitz Brentanos wurde von Beauftragten der prov. Regierung, die mit bewaffneten Soldaten im Saal erschienen, aufgehoben. Der Sekretär wurde verhaftet.

Mainz, 6. Dez. Der Mainzer Arbeiter- und Soldatenrat hat sich aufgelöst. (Mainz wird demnächst von den Franzosen besetzt werden.)

Gejangensetzung der Arbeiter- und Soldatenräte.
Köln, 6. Dez. In dem von den Feinden besetzten Gebiet wird die Einlieferung der früheren Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte zwecks ihrer Gejangensetzung (Internierung) befohlen. In Aachen sollen die Belgier die Mite dem Kriegsgericht überweisen haben. (?)

Aus dem Parteileben.

Berlin, 6. Dez. Der Bund der Landwirte erklärt, er stelle sich bis zur Schaffung einer auf ge-festeter Grundlage beruhenden Staatsform hinter jede Regierung, die gewillt ist, Ruhe und Ordnung und Sicherheit von Person und Eigentum aufrecht zu erhalten und die Reichseinheit zu wahren und die Volksernährung sicherzustellen.

Plünderungen.

Mainz, 6. Dez. Im Bionierpark auf der Jungelheimer Au fanden Plünderungen statt. Als die Mainzer Bürgerwehr einschritt, kam es zu einem Kampf, wobei es mehrere Tote und Verwundete gab.

Köln, 6. Dez. Nachdem in der Nacht vom 3. zum 4. Dezember bei der Plünderung eines Konfektionsgeschäfts und eines Goldwarenladens durch eine 300köpfige Räuberbande mehrere Banditen durch die Sicherheitsorgane erschossen oder schwer verletzt worden waren, erfolgte im Laufe des gestrigen Tages die Verhaftung von etwa 50 an der Plünderung beteiligter Individuen. In der vorhergehenden Nacht wurden im Seidenhaus Löwenstein u. Grünberg Waren im Werte einer Viertelmillion geraubt.

Köln, 6. Dez. Trotz scharfer Gegenmaßnahmen dauern die Plünderungen fort. Der Heerespark wurde von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge er-sürrnt. Einzelne Depots wurden erbrochen, und kostbares Gut wurde fortgeschleppt. Sicherheitsmannschaften kamen mit Maschinengewehren herbei, worauf die Plündernde Menge das Gelände verließ. Bei dem Zusammenstoß mit Polizeimannschaften wurden vier Plünderer getötet. Eine Anzahl Verwundeter befindet sich in Hospitälern. Zahlreiche Plünderer wurden verhaftet.

Augsburg, 5. Dez. Wie Dr. Heim bei der Tagung der oberpfälzischen Soldaten- und Bauernräte mitteilte, wurden von räuberischen Soldaten auf dem Voger Pechfeld ganze Bände mit wertvollem Sanitätsmaterial aus-geraubt. In den letzten Tagen wurden ferner drei Millionen Paar Stiefel geraubt, die den heimkehrenden Front-soldaten zukommen sollten, desgleichen sieben Millionen Sockenleder.

Posen, 6. Dez. Western nachts suchte eine Bande bewaffneter Plünderer, Soldaten und Abilisten, in das Bekleidungsamt einzudringen. Der Sicherheitsposten ließ ein Maschinengewehr in Tätigkeit setzen. Es entspann sich ein Kampf, bei dem es einen Toten und 15 Schwere und Leichtverletzte gab. 26 wurden festgenommen.

Hohenalza (Posen), 6. Dez. Bei Plünderungen wurden vier Zivilpersonen polnischer Nationalität erschossen. Infolgedessen nahmen polnische Soldaten gegen die Soldatenräte Partei, so daß sich in den Nachmittagsstunden Straßenkämpfe entwickelten, bei denen auch Handgranaten und Maschinengewehre eine Rolle spielten.

Ueber Stadt und Kreis Hohenalza ist der Belagecungszustand verhängt. Bis auf weiteres sind sämtlich

Geschäfte mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäfte ge-schlossen. Statt der Militärpatrouillen patrouillieren pol-nische Mitbürger in Zivil in den Straßen.

Die Engländer im Rheinland.

Düren, 6. Dez. Die britische Besatzungsbehörde in Düren hat u. a. befohlen: Ohne Ausweis des Füh-cers der Besatzungsgruppen darf niemand das besetzte Gebiet verlassen. Von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgen darf niemand seine Wohnung verlassen. Nach 9 1/2 Uhr darf in Privathäusern kein Licht mehr brennen. Alle Wirtschaften müssen um 7 1/2 Uhr abends geschlossen wer-den. Fernsprecher und Telegraph dürfen nicht benützt werden. Jeder Verkauf von Spirituosen ist verboten. Waffen und Munition sind abzugeben. Für feindselige Handlungen gegen die Besatzungsgruppen wird der Bürgermeister verantwortlich gemacht. Zeitungen dürfen ohne schriftliche Erlaubnis nicht gedruckt und ausgegeben werden. Die Achtung vor den britischen Offizieren haben alle deutschen Männer durch Ziehen der Kopfbedeckung zu bezeugen, desgleichen beim Abzingen der (britischen) Na-tionalhymne. Verhöre werden durch das Militärgericht abgeurteilt.

Die Amerikaner in Deutschland.

Frier, 6. Dez. Der Einmarsch der amerikanischen Truppen vollzieht sich ohne jede Störung. Das Benehmen der Amerikaner ist tadellos. Alles geht seinen gewohnten Gang. Ein höherer Offizier sagte, es sei der Wunsch der Führer, daß die Bevölkerung in keiner Weise gequält werde. Am 9. Dez. werden die Amerikaner Koblenz besetzen.

In Köln ist das englische 4. Garde-Dräger-Regt. als erste Truppe eingezogen.

Budapest, 6. Dez. Die Entwaffnung der Armee Madensien ist bereits erfolgt.

Neues vom Tage.

Freiburg, 6. Dez. Die Freiburger Univer-sität hat eine Denkschrift über die Lage der Straß-burger Universitätsprofessoren verfaßt und an alle deut-schen Universitäten, Akademien und Regierungen mit dem Ersuchen um eine entsprechende Mitwirkung übersandt.

Berlin, 6. Dez. Die aus Straßburg ausgewiesenen Deutschen fagen übereinstimmend aus, daß das amtliche deutsche Geld bis zum 15. Dezember ungewechselt sein müsse, wobei der Kurs der Mark für 100 Franken mit 1,25 Franken, dagegen für Deutsche mit nur 80 Centimes be-rechnet werde. Eine Zeitungsnachricht mit der Ueber-schrift „Ein französisches Milliardenangebot an Elsaß-Lothringen“ bestärkt diesen Sachverhalt. Durch Plakate wird zur Plünderung deutscher Geschäfte aufgefordert.

Besetzung Deutschlands.

London, 6. Dez. Die „Times“ schreibt: Der Rat der Alliierten, sofort das deutsche Volk durch seine ge-schlichen Vertreter zu befragen, ist in Berlin nicht ernst genommen worden. Wenn die Alliierten zur Besetzung schreiten müssen, werden die Engländer Hamburg, die Amerikaner Berlin, die Franzosen Dresden und die Italiener München besetzen.

Von Mailand sind 2 Militärzüge nach Innsbruck abgegangen. Die Besetzung von München und Säd-bayern wird erwartet.

Helgoland bleibt deutsch.

London, 6. Dez. In einer Rede in Dundee sagte Minister Churchill, die Kommandatur hätte die Aus-lieferung Helgolands nicht für nötig.

Vorfrieden.

Paris, 6. Dez. Der „Temps“ meldet, die Ver-bündeten haben einem Vorfrieden mit Deutschland zu-gestimmt, wenn er innerhalb zwei Monaten durch die Nationalversammlung bestätigt werden könne. (Die Woh-len müßten also spätestens Ende Januar vorgenommen werden. D. Schr.)

Köln, 6. Dez. Der „Köln. Zig.“ zufolge mel-det Hollands Nieuwe Bureau aus London, aus der Kon-ferenz der Verbündeten seien über folgende Punkte Entschcheidungen getroffen worden: 1. Verlängerung des Waffenstillstands; 2. Auslieferung des Kaisers; 3. Entschädigung durch Deutschland; 4. Französische und italienische britische Interessen; 5. Bildung von neuen Staaten mit bezug auf die polnischen, süddeutschen, ser-bischen, britischen, rumänischen und tschechisch-slowakischen Wünsche; 6. Nahrungsmittel- und Schiffsahrtstragen, Neuordnung und Verteilung der Kontrolle; 7. Allge-meine Friedenskonferenz.

Rom, 6. Dez. Der „Osservatore Romano“ ver-öffentlicht ein päpstliches Rundschreiben, worin die Freude über die Beendigung des Blutvergießens und der Ver-störung durch den Waffenstillstand und die Ansicht auf den Frieden ausgedrückt wird. In kurzer Zeit wer-den sich die Abgeordneten der verschiedenen Nationen zu einem Kongress versammeln, um der Welt einen gerechten und dauerhaften Frieden zu verschaffen. Sie werden alle große und schwere Aufgaben haben und verwickelte Entschcheidungen treffen, wie sie bisher nie eine Vereinigung getroffen hat. Es ist nötig zu sagen, wie sie vom göttlichen Lichte erleuchtet werden müssen, um sich ihrer Aufgabe aufs beste zu entledigen.

Wien, 6. Dez. Den deutsch-österreichischen Offizieren ist von der deutsch-österreichischen Republik das Tragen der Rangabzeichen (Sterne und Borten), der Waffen und einer rot-weiß-roten Kolarde gestattet worden.

Bern, 5. Dez. Die „Petit Parisien“ aus Brüssel erzählt, daß die von den Deutschen aus Nordfrant-reich fortgeschleppten (soll heißen: vor den feindslichen Kriegerbomben und Granaten in Sicherheit gebrachten. D. Schr.) Munitionsgüter alle oder fast alle gerettet und in Brüssel in Sicherheit.

Schiffsanlieferung.

London, 6. Dez. (Reuter.) Die Admiralität teil-mit, daß alle türkischen Kriegsschiffe den Alliierten aus-

geseuert wurden und jetzt im Bosporus Horn inter-niert sind. Der frühere deutsche Panzerkreuzer „Gö-ben“, der auch ausgeliefert wurde, liegt jetzt in Stenia im Bosporus. Die russischen Kriegsschiffe der Schwarz-meerflotte, die mit deutschen Seeleuten bemantelt wa-ren, sind ebenfalls in den Händen der Alliierten. Au-ßerdem wurden 4 deutsche Unterseeboote übernommen.

Großfürsten-Mord.

Berlin, 6. Dez. Nach dem „Volksanz.“ berichtet Reuter aus Chardin, daß die Bolschewisten in Klapajew den Großfürsten Sergei Michaleo-witsch, die Großfürstin Elisabeth Feodorowitsch, sowie die Großfürsten Johann Konstantin, Paul und Igor er-schossen haben. Sie wurden gezwungen, in einen Berg-verfschacht zu springen. Nach russischen Blättern war dieselbe Bande, welche die Jarin und deren fünf Kinder umgebracht hat.

Reichsamt.

Berlin, 5. Dez. Durch Verordnung des Rats der Volksbeauftragten wird ein Reichsamt errichtet. Die Leitung wird Herrn August Euler in Frankfurt a. M. übertragen, der den Titel Unterstaatssekretär führt. Die Aufsicht wird vom Reichsamt des Innern unter seiner Mitwirkung geordnet.

Keine 800 Millionen.

Berlin, 5. Dez. In der Meldung einer Korrespon-denz, daß die Arbeiter- und Soldatenräte bisher einen Aufwand von 800 Mill. M. gehabt hätten, bemerkt die „Freiheit“, die Behauptung sei vollkommen haltlos. Zu irgend welchen zuverlässigen Berechnungen bestche bis jetzt keine Möglichkeit, da von einer großen Anzahl von Behörden Erhebungen eingeholt werden müßten. Der „Vorwärts“ schreibt: Im Interesse der Arbeiter- und Soldatenräte ist es notwendig, so rasch wie möglich zu einem geordneten System der Finanzverwaltung unter parlamentarischer Kontrolle zurückzukehren.

Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 5. Dez. Die Berliner Gewerkschaften mel-den in den letzten Tagen hohe Arbeitslosenziffern. Innerhalb einer Woche ist die Zahl allein der ar-beitslosen Bauarbeiter von 500 auf annähernd 1000 gestiegen. Bei den Holzarbeitern betrug sie in der vorigen Woche 16 000. Sie ist seitdem schnell ange-wachsen. Bei den Metallarbeitern sind über 5000 Ar-beitslose vorhanden. Charlottenburg bewilligte 10 Mil-lionen Mark für Arbeitsbeschaffung.

Flugdienst für die Friedenskonferenz.

London, 5. Dez. Die „Times“ schreibt, wegen der übermäßigen Belastung der Telegraphenlinien sei beab-sichtigt, für die Friedenskonferenz einen regelmäßigen Flugdienst einzurichten, dessen sich auch die Presse für ihre Telegramme bedienen könne.

Vorverhandlungen über den Frieden.

London, 5. Dez. (Reuter.) Die Konferenz der Alliierten besprach die Dauer des Waffenstillstands, der wahrscheinlich verlängert werden wird. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Wilson abgereist.

Amsterdam, 4. Dez. Reuter meldet aus Newhork, daß Präsident Wilson heute Mittwoch früh nach Europa abreiste.

London, 4. Dez. Reuter meldet, wegen der Er-krankung des Obersten House sei Amerika bei den Kom-ferenzen der Alliierten nicht vertreten gewesen, es müsse deshalb über die Verhandlungen Stillstschweigen beobachtet werden. Es sehe aber sehr, daß man zu einem vollständigen Einigung gelangte und mit Lloyd George und den richterlichen Beamten der Krone darin über-einstimmte, daß Deutschland für seine „Missetaten“ büßen müsse und daß die verantwortlichen Personen ohne Rücksicht auf ihren Rang vor Gericht gebracht und soweit wie möglich bestraft werden müssen. Die Londoner Beratungen werden zweifellos von großem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein.

Kohlennot in Oesterreich.

Wien, 5. Dez. Die Kohlenzufuhr für die deutsch-österreichischen Bahnen hat fast ganz aufgehört und die Vorräte sind nahezu aufgebraucht. Die Wiener Stadt-bahn wird ihren Verkehr voraussichtlich am Freitag oder Samstag einstellen müssen und auf den Hauptbahnen wird wahrscheinlich nur je ein Fernperonenzug täglich ausgeführt werden. Auch der übrige Verkehr wird eine weitere Einschränkung erfahren. Eine baldige Besserung der Lage ist kaum zu erhoffen.

Sozialisierung in Oesterreich.

Wien, 5. Dez. Der „Sozialdemokratische Kor.“ zufolge brachten die Sozialdemokraten in der gestrigen Nationalversammlung Gesetzesanträge betreffend die Aufhebung des Adels, der Titel und Orden, sowie betr. die Abschaffung der Familienstiftungskommission ein.

Köln, 5. Dez. Vom 5. Dezember ab mittags 12 Uhr ist der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken nach der rechten Rheinseite gesperrt.

Budapest, 5. Dez. Der französische Militärbefehl-gerte zur Bewachung der Waffenstillstandsbedingung, Oberst Biz, forderte die Zurückziehung der ungarischen Truppen aus den slowakischen Gebieten Ungarns. Mi-nisterpräsident Karolvi legte dagegen Protest ein und verlangte eine gemischte Untersuchungskommission.

Die Sicherheit für Frankreich.

Stockholm, 5. Dez. Der Pariser Berichterstatter von Stockholms „Dagbladet“, der während des ganzen Kriegs ein Sprachrohr für den französischen Kriegsgeist war, schreibt: Die französischen Truppen seien in Elsaß-Lothringen mit Begeisterung empfangen worden, doch zeige auch die Bevölkerung am linken Rheinufer starke Neigung, sich der französischen Republik anzuschließen. Die französischen politischen Kreise denken nicht daran, das linke Rheinufer zu annektieren. Frankreich werde diese Gebiete nur einverleiben, wenn deren Einwohner es

selbst verlangen und es vorziehen, dem mächtigen Reich Frankreich anzugehören, anstatt in dem ruinierten Deutschland durch hohe Steuern ausgezogen zu werden. Durch die Befreiung der Rheinprovinzen und der Pfalz wolle sich die Entente die vollständige Bezahlung der Kriegsschuld sichern. Sie werde nur einige, oder vielleicht 10 Jahre dauern. Jedenfalls dürfe Deutschland auf dem linken Rheinufer niemals mehr Armeen halten.

England über die Enthüllungen.

London, 5. Dez. „Standard“ bezeichnet die Veröffentlichung der diplomatischen Akten durch die Münchener Sozialisten als eine Gemeinheit und hofft, daß derartige in Zukunft unterbleiben werde, solange auch die Entente nicht ihre Archive öffne.

Das ist etwas anderes.

Haag, 4. Dez. Ein Eingefandter im „Nieuwe Rotterdammer Courant“ vom 4. 12. fordert die Entente-mächte zur Bestrafung der Schuldigen an den Völkerverbrechen im Vorkriegs-Krieg auf.

Romanones mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Madrid, 5. Dez. Nach einer Habas-Meldung erklärte Graf Romanones, er sei vom König mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden.

Paris, 5. Dez. (Habas.) Die montenegrinische Regierung erklärt das Gerücht von der Absetzung des Königs Nikita für falsch. Eine solche könnte nur vom rechtmäßig gewählten Parlament ausgesprochen werden.

Vermischtes.

Tragischer Tod. Der Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Göttingen Alexander Leiß hat sich aus Verzweiflung über die trostlose Lage des deutschen Vaterlands das Leben genommen.

Beschlagnahme. Das sächsische Krongut, sowie das Privatvermögen des Königs von Sachsen und das des Prinzen Johann Georg von Sachsen sind von der vorläufigen Regierung beschlagnahmt worden. Auch die Zahlung der Kronrente ist eingestellt.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 6. Dez. (Heimkehr.) Das Reserve-Infanterieregiment Nr. 119 ist im Laufe der Nacht und des heutigen Tags hier eingetroffen.

(-) Stuttgart, 6. Dez. (Nachricht aus der Ukraine.) Nach hier eingegangenen Nachrichten befindet sich beim Landsturm-Infanterieregiment 13, das in der Ukraine steht, alles wohl.

(-) Stuttgart, 6. Dez. (Aus dem Parteileben.) Die „Südb. Ztg.“ meldet, die Deutsche demokratische Partei habe es abgelehnt, den nationalliberalen Führer Regierungsdirektor v. v. Sieber in den gemeinsamen Ausschuss der beiden vereinigten Parteien zu übernehmen.

(-) Stuttgart, 5. Dez. (Pferdeversteigerungen.) Versteigerungen von Militärpferden finden in den nächsten Wochen in sämtlichen wichtigeren Oberamtsstädten statt.

(-) Stuttgart, 6. Dez. (Erhöhung der Straßenbahn tarifs.) In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats wurden Anträge auf Erhöhung des Straßenbahntarifs eingebracht. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit statt der bisherigen 9 1/2 stündigen verursacht eine Mehrausgabe von 768 000 M., die Teuerungszulagen erfordern einen Mehraufwand von 370 000 M. und die erhöhten Strompreise beanspruchen eine Mehrausgabe von 300 000 M. Der gesamte Mehraufwand läuft sich auf 1 438 000 M., wovon allerdings die in Wegfall kommenden Kriegsfamilienunterstützungen mit 300 000 M. abgehen.

(-) Göppingen, 6. Dez. (Der gestohlene Ochse.) Bei einem hiesigen Metzgermeister erschienen morgens um 4 Uhr zwei Soldaten mit einem Ochsen und verlangten, daß das Tier geschlachtet werde. Der Metzger lehnte die Schlachtung in so früher Stunde ab; der Ochse wurde in einen nahen Stall gebracht und später geschlachtet. Inzwischen hatte es sich herausgestellt, daß der Ochse dem Landwirt Weiler gestohlen war. Die Soldaten sind verschwunden — ohne Aussicht auf den Ochsenbraten.

(-) Göppingen, 6. Dez. (Wahnbau.) Der Bezirksrat erklärte sich bereit, die Bahn Göppingen—Boll auf Kosten des Bezirks auszuführen, wenn ein angemessener Staatsbeitrag gewährt werde. Der Vertrag ist vom Arbeitsministerium in Aussicht gestellt und so wird nun nächster Tage vorerst die Teilstrecke bis Heimgingen in Angriff genommen werden.

(-) Kloster Reute, 6. Dez. (In Belgien internierte Barmherzige Schwestern.) Das Kloster erfährt aus Antwerpen, daß dort 4 Barmherzige Schwestern vom Kloster Reute, die franke Soldaten pflegten, interniert worden sind.

(-) Hechingen, 6. Dez. (Parteivereinigung.) Die Volkspartei in Hohenzollern ist der Deutschen demokratischen Partei beigetreten.

— Für das **Bäckerei- und Konditoreigewerbe** bringt die am 15. Dezember in Kraft tretende Verordnung des Rats der Volksbeauftragten wichtige neue Vorschriften. Den Arbeitgebern wird unterlagt, wegen Einführung des Achtstundentags Lohnabzüge zu machen; bei Stücklohn erhöhen sich die Lohnsätze soweit, daß in 8 Arbeitsstunden der bisherige Tagesverdienst gezahlt wird. Außerdem werden Fachauschüsse gebildet, die namentlich in Lehrlingsangelegenheiten mitzusprechen haben und im übrigen bei wichtigen Veränderungen der Vorschriften zu Rate zu ziehen sind.

Aufruf.

Die Deutsche demokratische Partei in Württemberg tritt nach vollzogener Vereinigung der vereintlich gewählten Parteien Württembergs mit einem Aufruf an Män-

ner und Frauen an die Deffenheit, der für den Neuaufbau des Reichs und die Wiebergewinnung befriedigender politischer, wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Zustände die Wege weisen will, und vor allem den Zusammenschluß aller derer verlangt, denen eine glückliche Zukunft des Vaterlands in freierwilliger Ausgestaltung am Herzen liegt. Der Aufruf ist kein Parteiprogramm im eigentlichen Sinne, aber doch ein Programm für die Zielgebung einer gemeinsamen Arbeit für Volk und Vaterland, fest umrissen und klar im Ausdruck. Er lautet:

Die Stunde fordert Einigkeit des Willens und des Handelns. Jeder muß Farbe bekennen und Partei ergreifen. Die freierwillig gesinnten Staatsbürger in ganz Deutschland haben sich vereinigt zu einer einzigen großen demokratischen Partei.

In der „Deutschen demokratischen Partei“ arbeiten freierwillig zusammen die Mitglieder der Volkspartei, deren Väter 1848 für Freiheit und Einheit stritten, die Liberalen der nationalliberalen Partei, die von der Notwendigkeit einer demokratischen Politik sich überzeugt haben, und die Männer, die Frauen und die Jungen, die neu in das politische Leben einzutreten für ihre Pflicht erkennen.

Wir kämpfen einen guten Kampf für Deutschland und die Reichseinheit, für Frieden und Freistaat, für Volkssolidarität und Staatsvereinfachung, für Fortschritt und Wirtschaftlichkeit, für Klassenversöhnung und schrittweise Sozialisierung, für guten Verdienst und menschenwürdiges Dasein, für Arbeiterschutz und gegenseitige Abstützung, für Völkervereinigung und Vaterland.

Das Reich muß sich verkörpern. Ein Bundesstaat mit Oesterreich. Raum für den süddeutschen Freiheitsgeist ohne Berliner Zentralisation! Kein Krieg und keine Klassenherrschaft! Frieden auch im Innern. Fort mit jeder Diktatur! Schutz dem Volkswillen, Schutz der Gewissensfreiheit und jedem religiösen Bekenntnis, Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums, wo es nicht die Allgemeinheit schädigt.

Soldaten und Bauern, Arbeiter und Bürger! Ihr alle verlangt vom Staat, daß er euch schützt, besser als bisher. Ihr verlangt, daß er die Staatslasten mit unerbittlicher Gerechtigkeit verteilt und die Lebensbedingungen auch der Unbemittelten so gestaltet, daß jeder fähige und fleißige Arbeiter sich das eigene Heim aufbauen kann. Das sind Menschheitsziele, würdig des Volksstaats. Unser Vaterland und in ihm unser Württemberg kann und muß durch die politische und wirtschaftliche und geistige Arbeit seiner Bürger emporgeführt werden in eine schönere Zukunft.

Der Aufruf ist unterzeichnet von den Parteivorstehenden Abg. Konrad Haufmann (Völksp.) und Minister Haumann (Nat. lib.). Als Mitglieder des Hauptauschusses erscheinen: Peter Brudmann (Heilbronn), Dr. Alfred Drecher, Dr. Hugo Elias, Johannes Fischer, Gewerkschaftssekretär Fuchs, Hähnel (Ulm), Abg. Herrmann (Blauseben), Handwerkskammersekretär Hermann (Reutlingen), Parteisekretär Popf, Paul Jg. Frau Olga Kaufmann, Thelma Kaufmann, Oberbürgermeister Red (Göppingen), Gemeinderat Rübner (Cannstatt), Postsekretär Rübner (Göppingen), Theodor Liesching, Fritz Payer, Mathilde Pfand, Dr. Erich Schmid, Johannes Walz, Philipp Wieland (Ulm).

Wutmaßliches Wetter.

Die Störungen nehmen weiterhin zu. Am Sonntag und Montag ist Fortsetzung des napfalten Wetters zu erwarten.

Baden.

Eine neue Amnestie in Baden.

Die badische vorläufige Regierung hat auf Antrag des Justizministeriums eine weitgehende Amnestie unter dem 2. Dezember erlassen:

Nachgelassen werden alle Strafen, wenn sie nach dem Urteil des Gerichts 6 Monate Freiheitsstrafe oder 1000 M. Geldstrafe nicht übersteigen. Der Nachlass erstreckt sich auf die Kosten und die Nebenstrafen mit Ausnahme der Einziehung, Verlusterklärung und Verteilung zum Wertersatz. Von der Begnadigung ausgeschlossen sind die Strafen wegen Preiswuchers, vorfälliger Höchstpreisüberschreitung, Aktienhandels und Schleichhandels, sofern hierwegen auf mehr als 2 Wochen Gefängnis oder 500 Mark Geldstrafe erkannt ist. Der Ausschluß dieser entehrenden und vollschädigenden Vergehen wie Preiswucher usw. von der Amnestie wird allgemeines Verständnis begegnen. Man wird aber auch verstehen, daß man die kleinen Strafen wegen Höchstpreisüberschreitung usw. in die Amnestie einbezogen hat, weil es sich hier gewöhnlich nicht um gewerbsmäßige Fälle, sondern um kleine Leute handelt, die es nicht verdienen, daß sie von der Amnestie ausgeschlossen werden.

Weiter ausgeschlossen von der Amnestie sind die Strafen der Uebervornahme von Landstreichern und gewerbsmäßigen Dieben an die Landespolizeibehörden. Bei jugendlichen, denen Strafsüßmaß am Wohlverhalten erteilt ist, bleibt es hierbei. Den Behörden soll die Möglichkeit gegeben werden, die Strafverbüßung als Zuchtmittel gegen diese Jugendlichen unter Umständen verwenden zu können. Vollständig ausgeschlossen von der Amnestie sind die Steuerdelinquenzen und diejenige, welche gegen Einreiseverbot und Zuwiderhandlung gegen Ausfuhrverbote bestraft sind.

Der Volksregierung ist die Befugnis erteilt, in einzelnen Fällen, die ihrer Schwere nach nicht unter die allgemeine Amnestie fallen, Strafmäßigkeit oder Milderung zu gewähren, oder wenn das Verfahren noch nicht erledigt ist, das Verfahren niedersetzulassen. Durch diese Bestimmung wird es ermöglicht, in einzelnen geeigneten Fällen auch in weitergehendem Umfang, als es ohnedies nach der Amnestie möglich wäre, den Verurteilten entgegenzukommen und ihnen die Möglichkeit zu geben, daß sie wieder ordentliche Mitglieder der Gesellschaft werden. Man hat dabei besonders an die Verurteilten gedacht, die Kriegsteilnehmer waren oder die

Strataten unter dem Druck der Kriegszeit aus Not, nicht aus Vermögenssicht oder niedriger Stimmung begangen haben

Nieder geschlagen werden alle Strataten wegen vor dem 2. Dezember begangener Strataten, die nach dem Gesetz mit keiner schwereren Strafe bedroht sind als mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr. Außerdem aber alle Strafverfahren wegen Diebstahls und Unterschlagung, wenn der Wert des Entwendeten 100 Mark nicht übersteigt. In diesem Rahmen der Niederschlagung fallen darnach fast sämtliche Vergehen gegen die Kriegsverordnungen. Die Diebstahls- und Unterschlagungen hinsichtlich eines Betrags unter 100 M. werden deshalb aufgenommen, weil man annehmen kann, daß es sich in allen diesen Fällen um Strataten handelt, die aus Not begangen worden sind. Ausgeschlossen von der Niederschlagung sind ebenso wie bei der Begnadigung Preiswucher, Schleichhandel und Aktienhandel, vorfällige Höchstpreisüberschreitung, Steuerbetrug, Steuerflucht und Zuwiderhandlungen gegen Ausfuhrverbote.

(-) Karlsruhe, 6. Dez. Die aus der nat. lib. Partei hervorgegangene Badische Volkspartei hat den Minister des Innern, Oberbürgermeister Dietrich in Konstanz zu ihrem Parteivorstand erwählt. Die großen nat. lib. Vereine sind bereits vollständig, die kleineren Vereine in so großer Zahl der neuen Partei beigetreten, daß ihr Bestand unbedingt gesichert ist.

Die unter dem Namen „Christliche Volkspartei“ gegründete neue Parteiorganisation, in welcher sich die konservativen Kreise Badens vereinigen, veröffentlicht ihren Wahlauftrag, indem sie sich bereit erklärt, trotz ihres monarchischen Ideals auf dem Boden der demokratischen Staatsform mitzuarbeiten. Die Partei verlangt u. a. Maßnahmen zum Schutz des deutschen Volks gegen politische Bevormundung und wirtschaftliche Bevormundung von Seiten jener Kreise des Judentums, die ihre internationalen Macht- und finanzpolitischen Interessen über das Wohl des deutschen Volks und Vaterlands stellen.

(-) Karlsruhe, 6. Dez. Kurie für Krienscheidt werden zurzeit vom Landesgewerbeamt Karlsruhe veranstaltet, und zwar ein theoret. Fortbildungskurs für Gas- und Wasserinstallationswesen, 2. ein elektrotechnischer Starkstromkurs und 3. ein Fortbildungskurs für Schreiner. Zu den beiden letzten Kursen können noch Teilnehmer zugelassen werden. Die Teilnahme an den Kursen ist unentgeltlich. Die Materialien werden gestellt. Bedürftigen Teilnehmern können Beihilfen zu den Ausfallkosten gewährt werden. Anmeldungen sind sofort an das Landesgewerbeamt in Karlsruhe zu richten, das auch mündlich und schriftliche Auskunft erteilt.

(-) Mannheim, 6. Dez. Der französische Regierung ist das Vorkommen über den Zwischenfall, der sich jüngst im hiesigen Kriegsgefangenenlager ereignete und bei dem ein deutscher Wachmann drei französische Kriegsgefangene, die ihn neigten, erschossen hatte, ausproben worden. Die Stadt Mannheim erklärte sich bereit, den Hinterbliebenen der 3 Opfer eine angemessene Entschädigung zu zahlen.

(-) Mannheim, 6. Dez. Der Telefonverkehr nach Ludwigshafen ist seit gestern geberbt. Die Erriertung der Stadt Ludwigshafen durch die Franzosen wird heute erfolgen.

(-) Mannheim, 6. Dez. Die Polizei hat 10 Personen verhaftet wegen strafbaren Erwerbs militärischer Gegenstände. Bei diesem Anlaß wurden hier und in den Vororten 4 Maultiere, 5 Wagen, 2 geladene Pferde, die Militäreigentum waren, beschlagnahmt. Die Diebstahlsbesitzer werden öffentlich beauftragt, sich auf Erwerb von Militärgut Rudhausstraße.

(-) Heidelberg, 6. Dez. Wie das „Heidelb. Tagbl.“ berichtet, spielten sich beim Abtransport der französischen Offiziere aus dem Heidelberger Offiziersgefangenenlager empörende Auftritte ab, indem würdelose Frauen und Mädchen dem Zug das Geleit zur Bahn gaben und sich nicht scheuten, mit Franzosen Arm in Arm zu gehen. Es erfolgten vier Verhaftungen. Die Namen der Betroffenen werden öffentlich bekanntgemacht und der öffentlichen Berachtung preisgegeben.

(-) Bruchsal, 6. Dez. Dem hiesigen Soldatenrat ist es in der vergangenen Woche gelungen, 110 Flugzeuge, die in Germersheim verlassen lagen, auf das rechte Rheinufer zu bringen und sie so der Gefahr, in französische Hände zu fallen, zu entreißen.

(-) Forbach (Nurgtal), 6. Dez. In aller Stille ist in der Mitte des vorigen Monats das Nurgwerl in Betrieb genommen worden. Das im Wert angelegte Hochgefälle beträgt im günstigsten Falle 156 Meter; hiervon können im Mittel 146 Meter nutzbar verwertet werden. Die erzeugte Energie wird im Schalt- und Transformatorhaus auf die Spannung von 100 000 und 20 000 Volt gebracht. Das Nurgwerl vermag im Jahresdurchschnitt 40,8 Millionen Kilowattstunden ständige Kraft zu liefern; daneben können noch etwa 12 Millionen Kilowattstunden unständige Kraft von jeweils mind. 600 tägiger Dauer gewonnen werden. Die Baukosten erreichen eine Höhe von etwa 23 Millionen M. Gleichwohl erscheint die Wirtschaftlichkeit des Werks gesichert.

(-) Freiburg, 6. Dez. Die Freiburger Universität hat eine Denkschrift über die Lage der Straßburger Universitätsprofessoren verfaßt und an alle deutschen Universitäten, Akademien und Regierungen mit dem Ersuchen um eine entsprechende Mitwirkung übersandt.

— **Heimkehr der Truppen.** Wie wir hören, besteht Aussicht, daß die 204. mittl. Infanteriedivision (Reserve-Inf.-Regt. 120, Inf.-Regt. 413, Inf.-Regt. 414, Reserve-Feldart.-Regt. 27 usw.) am Freitag oder Samstag mit der Bahn in die Heimat befördert wird. Inf.-Div. befand sich am 4. Dez. in Tübingen u. d. L., die 27. Inf.-Div. in Tübingen u. d. L., die 242. Inf.-Div. in Hungen (südlich Gießen), die 243. Inf.-Div. in Werthausen bei Altkirchen, Regimentsbezirk Koblenz.

Petroleum- und Milchverteilungsstelle betr.

Auf die Einwendung in Nr. 286 d. Bl. habe ich bezgl. des Petroleumverkaufs kurz zu bemerken, daß der Petroleumverkauf für die hiesige Stadt mit Vazellen, für Öfen, Calmbach und Engländer dem Kaufmann Louis Kappelman hier als dem bisherigen größten Abnehmer durch das Oberamt Neuenbürg unmittelbar und ohne sein Zutun übertragen wurde. Der ganze Verkauf für Wildbad beträgt monatlich 200—400 Liter, der Verdienst berechnet sich monatlich auf ca. 6—12 Mark. Bei der Geringfügigkeit des Verkaufes war eine Verteilung auf sämtliche Kaufleute der genannten Orte unmöglich.

Bezüglich des Milchverkaufs ist ein Beweis darüber, daß das Lebensmittelamt unrichtig oder ungerecht handelte, noch nicht erbracht worden. Wenn einzelne Milchverbraucher von dem Viehhalter, dem sie zugewiesen waren, ab und zu etwas mehr Milch erhielten, als nach ihrer Milchkarte zulässig war, so trifft das Lebensmittelamt hieran keine Schuld, sondern es sind nur die Viehhalter und die Milchbezieher zu tadeln und ev. beide strafbar.

Die neue Regelung macht künftig einen derartigen Umgang unmöglich. Wenn durch die Amnestie vom 15. vorig. Monats die zurückliegenden Milchverträge nicht straflos geworden wären, würden alle diese Sünden, deren Zahl hier eine ziemlich große zu sein scheint, sofort ohne Ansehen der Person festgestellt und dem Oberamt zur Anzeige gebracht werden.

Wenn die Milchmenge in den letzten Tagen bei der Verkaufsstelle etwas reichlicher zur Verfügung stand, so ist dies hauptsächlich auf die Streichung der Krankenzulagen und der ärztlichen Zeugnisse zurückzuführen. Dies gestaltet sich aber jetzt von Tag zu Tag wieder ungünstiger, insofern die Kranken, gezwungen, sich neue Zeugnisse ausstellen zu lassen, diese jetzt täglich in reichlicher Menge (6—8) auf dem Lebensmittelamt zur Einholung der oberamtl. Genehmigung abgeben.

Wildbad, den 6. Dezember 1918.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Milchverkauf.

Bis auf Weiteres können die an Viehbesitzer gewiesenen Milchabnehmern ihre Milch wie feither fortbeziehen. Man erwartet aber, daß sie nur die in der Milchkarte bezeichnete Menge beziehen und daß die Viehbesitzer, die darüber hinaus reichende Menge, an die Milchverteilungsstelle abliefern.

Wildbad, den 7. Dezember 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat: Städt. Schultheißenamt:
Rath. Böhner.

Oberamt Neuenbürg.

Maßregeln gegen Pferdeseuchen

Es wird vorkommen, daß Landwirte des Bezirkes Pferde, die von österr.-ung. Truppenteilen stammen, bei Versteigerungen erwerben. Die Pferde unterliegen besonderen Maßnahmen zur Verhütung von Seuchen (Roh, Räude usw.), weshalb der Tierhalter die erfolgte Einstellung eines derartigen Pferdes alsbald dem Schultheißenamt anzuzeigen hat. Die Schultheißenämter wollen dies bekanntgeben und die Anzeigen hierher mitteilen (Staatsanz. Nr. 281, Beilage) Den 2. Dezember 1918. D. R. u. Kaiser.
Mit der Bitte um Beachtung bekannt gemacht.
Wildbad, den 2. Dezember 1918.
Städt. Schultheißenamt: Böhner.

Bekanntmachung.

Auf Ausschlagsmarte 1 der Brotkaren vom 1.—15. 12. 18 wird 750 gr. Brotmehl oder 1000 gr Brot abgegeben.
Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung

Die bestellten Futtermittel für Rindvieh und Schwein kommen nächsten Montag in der Turnhalle zum Verkauf.
Für die Gemeinde vormittags 8—12 Uhr
Für die Vazellen nachmittags 1—4 Uhr
Auf einen Besteller kommt circa 40 Pfund Leinkuchen schrot, Kapschrot und Maiskolbenschrot wie bestellt.
Kapschrot 18 Pfg.
Leinkuchenschrot 20 Pfg.
Maiskolbenschrot 12 Pfg. das Pfund
Städt. Futtermittelabgabestelle

Altkleiderstelle Wildbad.

In letzter Zeit wurden uns zum Ankauf sehr wenig Kleidungsstücke geboten, in Folge dessen, kann die Altkleiderstelle nicht weiterbestehen und muß aufgehoben werden. Die noch vorhandene Herren Röde, Frauenjackett 1/2 und 3/4 lang, einige Paar Schuhe und Stiefel werden nächsten Montag Mittag von

2 bis 5 Uhr verkauft.

Ebenso werden die vorhandenen neuen Holzschuhe kleine und große Nr. weit unter Preis abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt
Zimmer Nr. 4.

Infolge ministerieller Verfügung haben wir in unserer Arbeitszeit eine Aenderung getroffen und halten daher unsere

Kasse nur vormittags von 9 bis 12 Uhr geöffnet.

Nachmittags bis auf weiteres geschlossen.

Stahl & Federer, Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.

Großer Weihnachtsverkauf in Spielwaren

von Rich. Pfannstiel, Wildbad,
Wilhelmstraße 110

Größte Auswahl gekleideter Puppen, auch m. Cell-Köpfen Einzelne Puppenteile.

Mäße, Köpfe, Arme, Beine, Frisuren, Schuhe, Strümpfe,
Reichhaltiges Lager in eleganten Puppenkleidern und Hüten
in allen Größen, sowie auch Baby-Kleidung
Kaffe-Geschirr, auch unzerbrechlich,
Koch-Herde und Koch-Geschirr für Puppenküchen, in großer
Auswahl Puppenmöbel und Garnituren
Soldaten, einzeln und in Cartons Gewehre u. Säbel, Burgen von 1.50 an
Glückkästen und Nähkästen in allen Preislagen.
Beschäftigungs- sowie Gesellschaftsspiele, in großer Auswahl!
Bilderbücher, Malbücher, Farbkästen, Wandstifte
Nähkästen aus Stein, Holz und Metall
Nähmaschinen in Holz mit und ohne Einrichtung in jeder Preislage.

In Christbaumschmuck

reich sortiertes Lager
Empfehle passende Weihnachtsgeschenke
in Lederwaren, Geldbeuteln, Damentaschen und Heuteln etc. Mod.
Brispapier-Cassetten in schöner Auswahl.
Große Auswahl in Schmucksachen!
Bitte meine Auslage im Hause des Herrn Kuhn zu beachten.

Verkauf nur in meinem Laden Wilhelmstraße 110.
Puppen-Reparaturen können nur noch bis morgen Vormittag angenommen werden.

Besten Schutz

gegen
Verlust
durch Feuer u. Diebstahl
bietet die
Aufbewahrung von Wertpapieren, Urkunden
und Schmucksachen jeder Art
in unserer

Stahlkammer.

In dieser Stahlkammer befinden sich
eiserne Schrankfächer, die in verschiedenen Größen, zu billigen Preisen, auf beliebige Zeit, unter Eigenverschluß des Mieters zur Verfügung gestellt werden.

Wertsachen können uns auch in versiegelten Paketen, Kisten etc verpackt, zur sicheren Aufbewahrung übergeben werden.

Besichtigung der Stahlkammer ist während der Geschäftsstunden gerne gestattet.

STAHL & FEDERER,
Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.



Ihr eigenes Haar geflochten
als Kette, Brosche oder Ring
ist das schönste

Weihnachts-Geschenk!

Illustrierter Katalog liegt bei uns auf. Ausführung in Gold und Imitation

Chr. Schmid u. Sohn,
König-Karlstr. 68.

Bestellungen wollen baldigst gemacht werden.

Holstin-Späne

Chemische Reinigung im Hause
Besser wie Gallseife!
empfehlen

Carl Wilh. Gott.

2300 Jtr.

guten alten

Most

hat zu verkaufen.
Wer sagt die Erped. [194]

Verkaufe

ein Paar
6-8 jährige Pferde
Ob. B. Wille

Geldschafts-Empfehlung.

Der Titl. Einwohnerschalt insbesondere meiner werten Nachbarschaft zur gef. Kenntnis, daß ich vom Heere entlassen bin und meine

Bäckerei wieder eröffne.

Um gütigen Zuspruch bittet
Karl Treiber Bäckereimeister.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 8. Dez. (2. Advent)
Vorm. 9 1/2 Uhr Predigt Stadtkirch. Remppis.
11 Uhr Kindergottesdienst.

Sonntag nachm. 3 Uhr Predigt und hl. Abendmahl in Sprollenhäus derselbe.

Kath. Gottesdienst. Sonntag den 2. Dezember.
1/2 10 Uhr Predigt und Amt 1/2, 2 Uhr Eristenlehren. Andacht
Montag keine hl. Messe, Dienstag 9 1/2 Uhr hl. Messe Freitag
1/2 8 Uhr Morate, an den übrigen Wochentagen 1/2 8 Uhr
heil. Messe:
Bestun'e Freitag Abend 6 1/2 Uhr.
Beicht: Samstag Abend von 4 Uhr an.
Kommunion Sonntag 7 1/2 und 8 Uhr, an den Wochentagen
bei den heil. Messen.

Die hiesige

Kleinkinder-Schule

gedenkt am Samstag, den 21. Dezember, abends 4 Uhr
ihre Christfeier in der evang. Stadtkirche abzuhalten.

Gaben für die Kleinkinderschule werden von Frau Stadtschultheiß Böhner, den Schwestern und dem Unterzeichneten dankbar entgegengenommen.

Stadtpfarrer Köster.

Dresdner Bank

Stammkapital und Reserven
340 Millionen Mark

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Heraufnahme von

Bareinlagen

zu günstiger Verzinsung.

Wohes ist an den Schaltern oder auf Wunsch schriftlich zu erfahren.

Seidenstoffe

reichste Auswahl
einfarbig, karriert, gestreift und bedruckt
in allen Webarten und Farben
von M 9 — per Meter bis M 60

Faserstoffe

Kleider, Schürzen und Vorhänge
Kragen, Manschetten, Cravatten.

Farbige Schürzen etc.

Phil. Boisch, Wildbad.

Um Heizungsmaterial zu sparen ist mein Geschäft bis
auf weiteres nur, Donnerstag, Freitag und Samstag geöffnet,
die übrigen Werktage und Sonntags geschlossen.